

Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau

Ein Kompass für die kommunale Standortpolitik

Positionspapier zur Kommunalwahl 2014



 Standortpolitik



Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau

I. Einleitung	2
II. Themen und Handlungsfelder	
Beschäftigung	4
Bildung	6
Bürokratieabbau	8
Energie und Umwelt	10
Infrastruktur	12
Kommunale Wirtschaftstätigkeit	14
Raumordnung und Regionalplanung	16
Steuern und Finanzen	18
Tourismus	20
III. Standortpolitik vor Ort	
Anhalt-Bitterfeld	22
Burgenlandkreis	24
Dessau-Roßlau	26
Halle (Saale)	28
Mansfeld-Südharz	30
Saalekreis	32
Salzlandkreis	34
Wittenberg	36

Der 25. Mai 2014 wird für Sachsen-Anhalt ein Tag der Weichenstellungen sein. In der bevorstehenden Kommunalwahl entscheiden die Wahlberechtigten erneut darüber, wer in den nächsten Jahren auf der kommunalen Ebene Verantwortung übernimmt.

Die Ergebnisse dieser Wahl werden besonders interessant für die Wirtschaft „vor Ort“. Denn obwohl große Teile der Gesetzgebung in unserem föderalen System ihren Ursprung in Magdeburg, Berlin und Brüssel haben, spielen doch für jedes Unternehmen die Bedingungen vor der eigenen Haustür eine ebenso wichtige Rolle.

Die über 54.000 Mitgliedsunternehmen im IHK-Bezirk schaffen Wohlstand und Beschäftigung. Es muss das oberste Ziel der Kommunalpolitik sein, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vor Ort zu erhalten und zu fördern. Nur so kann vorhandene Beschäftigung gesichert werden, nur so können neue Arbeitsplätze entstehen!

Wirtschaftlicher Erfolg setzt auch und insbesondere Eigeninitiative voraus. Die Kommunalpolitik ist gut beraten, die Eigeninitiative von Bürgern und Unternehmern in allen Bereichen systematisch zu fördern. Übermäßige bürokratische Hürden, hohe Steuern und Abgaben, wenig wirtschaftsfreundliche Planungen in Raumordnungsfragen oder unzureichende Bereitstellung und Instandhaltung von Verkehrs- sowie technischer Infrastruktur bewirken erfahrungsgemäß eher das Gegenteil. Mangelnder Mut und/oder Wille, vorhandene Ermessensspielräume im Verwaltungshandeln im Sinne der Wirtschafts- und damit Gemeinwohlförderung zu nutzen, tun nicht selten ein Übriges.

Außerdem findet Wirtschaft in privaten Unternehmen statt und wird durch Unternehmer vorangetrieben. Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften zu schaffen. Günstige Rahmenbedingungen können dazu beitragen, dass Wirtschaftsstandorte private Akteure zu unternehmerischem Handeln – vor allem zum Investieren – einladen. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates, sich selbst wirtschaftlich zu betätigen, wenn es private Alternativen gibt. Insoweit gehört kommunale Wirtschaftstätigkeit grundsätzlich auf den Prüfstand.

Die Kommunalpolitik selbst kann sich das Wettbewerbsprinzip zunutze machen. So könnte sie einen weiteren wichtigen Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls leisten – und zöge insoweit mit der IHK an einem Strang. Warum nicht, gern in unterschiedlichen Bereichen, einen Preis für das schnellste Genehmigungsverfahren ausloben? Oder einen Preis für den besten Vorschlag zur Kostenreduzierung – ebenfalls in unterschiedlichen Bereichen? Derlei Möglichkeiten schlummern gewiss viele; der politische Wille zur Umsetzung würde ihnen Leben einhauchen.

Wie die Standortpolitik in der Kommune, im Landkreis oder in der kreisfreien Stadt aus Sicht der Wirtschaft ausgerichtet werden sollte, möchten wir in dieser Broschüre anlässlich der Kommunalwahl 2014 näher beleuchten. Auf den folgenden Seiten haben wir in jeweils einzelnen Kapiteln aus unserer Sicht besonders bedeutsame Handlungsfelder kommunaler Politik zusammengetragen und unsere Handlungsempfehlungen formuliert. Im Anschluss daran betrachten wir einzelne Regionen des IHK-Bezirks im südlichen Sachsen-Anhalt genauer.

Wir hoffen, mit dieser Broschüre Denkanstöße geben zu können, und wünschen eine interessante Lektüre.



Carola Schaar
Präsidentin



Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

Das Ziel wirksamer Beschäftigungspolitik besteht im Erhalt bestehender und in der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Insoweit war bzw. ist nicht jede Maßnahme so genannter „aktiver Arbeitsmarktpolitik“ tatsächlich wirksame Beschäftigungspolitik. Die beachtlichen Erfolge in der jüngeren Vergangenheit – die Arbeitslosigkeit sank spürbar, die Beschäftigung nahm zu – basieren eher auf Reformen der passiven Leistungen und damit auf einer verbesserten Anreizwirkung. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote im Süden Sachsen-Anhalts noch immer über dem Schnitt der ostdeutschen Länder.

Kommunalpolitik als Standortpolitik kann wesentlich dazu beitragen, dass Beschäftigung gesichert wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Dabei geht es vor allem um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Nicht die Verbesserung der Arbeitsmarktstatistik ist das Ziel, sondern die tatsächliche Verbesserung der Beschäftigungssituation. Kostenintensive staatliche Beschäftigungsprogramme von zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen helfen da nicht, im Gegenteil: Oft entstehen dabei für private Unternehmen erhebliche, mitunter gar existenzbedrohende Nachteile.

Dies gilt umso mehr, da sich die Vorzeichen am Arbeitsmarkt gedreht haben: Gerade bei qualifizierten Fachkräften geht es heute weniger darum, diese in Arbeit zu bringen, sondern vielmehr darum, diese in die Region zu holen und auch hier zu halten. Neben der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewinnen die sogenannten weichen Standortfaktoren zunehmend an Bedeutung.

Handlungsempfehlungen

Rahmenbedingungen verbessern! Die Kommunen sollten zunächst und sehr grundsätzlich all ihre Aktivitäten daraufhin überprüfen, ob sie der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes nützen oder nicht. Es gibt keinen besseren Weg zu mehr Beschäftigung als den über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts insgesamt.

Zurückhaltung bei öffentlicher Beschäftigung üben! Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit und sonstige öffentliche Beschäftigungsinitiativen sorgen oft genug für Wettbewerbsverzerrungen zulasten privater Unternehmen und damit letztlich zulasten der Region bzw. des Wirtschaftsstandortes insgesamt. In solchen Fällen sind die öffentlichen Jobs teuer erkaufte: Sie schaden der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, indem sie die Sicherung bzw. Entstehung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt behindern.

Aktive Maßnahmen nur bei echten Problemen! Trotz guter Beschäftigungsentwicklung und Fachkräfteengpässen gibt es einige Menschen, die durch die Anreizsysteme und zukünftig durch den Mindestlohn nicht ohne weiteres in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Hier kann intensive Betreuung nötig sein, um diese Menschen zu aktivieren und zu qualifizieren. In diesen Fällen ist aktive Arbeitsmarktpolitik auch aktivierende Sozialpolitik.

Betreuungsangebote flexibilisieren! Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit ist ein bedeutender Standortfaktor. Dies gilt für Unternehmen vor Ort ebenso wie für Ansiedlungswillige. Insbesondere die Öffnungszeiten der KITAs müssen so flexibel sein wie die Arbeitszeiten der Eltern. Private, freiwillige Initiativen sollten nicht erschwert werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt grundsätzlich Vorrang bekommt vor staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen?

Wie werden Sie sich für eine flexiblere Kinderbetreuung einsetzen?

Ohne qualifizierte Mitarbeiter kann kein Unternehmen am Markt und im Wettbewerb erfolgreich bestehen. Die Grundlagen hierzu werden durch Bildung gelegt. Und damit kann im Prinzip nicht früh genug begonnen werden – frühkindliche Bildung und Schule sind dabei gefordert. Dabei kommt etwa den Kommunen als Schulträger die Aufgabe zu, die Schulen zumindest sachlich so gut auszustatten, dass sie mit den sich ständig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes Schritt halten können.

Handlungsempfehlungen

Potenziale frühkindlichen Lernens besser nutzen! Frühkindliche Bildung leistet einen wichtigen Beitrag, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und verbessert die Zukunftschancen von Kindern. Die vorhandenen und derzeit neu eingeführten Bildungspläne „Bildung elementar“ in Sachsen-Anhalt sind in den Kindertagesstätten konsequent umzusetzen. Die Sprachförderung ist weiter zu verbessern. Wünschenswert wäre es, wenn die Angebote der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ landesweit noch besser angenommen werden würden. Sprachliche Fähigkeiten, handwerkliches Geschick und elementare Kenntnisse z.B. über Natur und Technik werden so spielerisch vermittelt.

Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung verbessern! Bei der Wahl des Betreuungsortes sollte es mehr Freiheit bzw. größere Flexibilität geben; hier könnte durch mehr Kooperation zwischen den Kommunen gewiss einiges erreicht werden. Durch die Kooperation zwischen Unternehmen und Kommunen wiederum könnten noch mehr arbeitsortnahe Betreuungsangebote entstehen. Darüber hinaus sind in einigen Gemeinden die Öffnungszeiten noch flexibler zu gestalten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser zu gewährleisten.

Ganztagschulen weiter ausbauen! Der weitere Ausbau von Ganztagschulen bietet nicht nur die Chance, berufstätige Eltern zu entlasten. Er könnte auch dabei helfen, jene Kinder von einem ganzheitli-

chen Bildungskonzept profitieren zu lassen, deren Eltern allein dies nur schwer oder gar nicht vermögen.

Schulinfrastruktur erhalten und verbessern! Rückläufige Schülerzahlen dürfen bei den Kommunen nicht zu pauschalen Einsparungen bei Investitionen in die Schulinfrastruktur führen. Vielmehr sind kluge (Kooperations-)Konzepte gefragt. Die Schulwege, insbesondere für Grundschüler, sollten so kurz wie möglich bleiben.

Ausbildungsort- und wohnortnahe Berufsschulangebote aufrechterhalten! Auch in den berufsbildenden Schulen führen rückläufige Schülerzahlen zu Problemen. Bei der Suche nach geeigneten Berufsschulangeboten sollten Kreisgrenzen keine Grenzen für die Auszubildenden darstellen: Die nächstmögliche Schule, die das Angebot vorhält, sollte genutzt werden können. Ein weiteres Kriterium für die Festlegung von Schulstandorten sollte die Nähe der ausbildenden Unternehmen sein.

Berufsschulen im Kerngeschäft ertüchtigen! Vollzeitschulische Maßnahmen sollten zurückgefahren werden, wenn eine gleichwertige duale Ausbildung existiert. Die berufsbildenden Schulen sollten sich auf ihr „Kerngeschäft“ beschränken. Staatlich finanzierte Weiterbildung darf nicht als Konkurrenzangebot marktwirtschaftlich organisierte Weiterbildung verdrängen. Als (vor dem Hintergrund des Lehrermangels) besonders problematisch ist daher die durch das Kultusministerium geplante AZAV-Zertifizierung der berufsbildenden Schulen zu bewerten.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Sind Freiheit und Selbstverantwortung für Sie Werte, die Schule stärker vermitteln sollte? Wenn ja, wie sollte dies geschehen? Befürworten Sie mehr Praxisbezug der schulischen Ausbildung?

Werden Sie Ganztagschulen ausbauen?

Wie wollen Sie die Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung verbessern?

Komplizierte Auflagen und langwierige Genehmigungsverfahren sind ein Hemmschuh für Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft der Unternehmer vor Ort. Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders unter bürokratischem Aufwand.

Die öffentlich-rechtlichen Strukturen sind für „Außenstehende“ oftmals nur schwer zu durchschauen. Doch hier haben viele Kommunen in den vergangenen Jahren durchaus gute Ansätze entwickelt, um es Bürgern und Unternehmen einfacher zu machen – Stichwort „Verwaltung als Dienstleister“. Diese Ansätze sind auszubauen, gute Beispiele systematisch zu erfassen und möglichst breit zu kommunizieren. Hierzu zählt u.a. auch die stärkere Nutzung des Internets für die Kommunikation der Verwaltung mit Bürgern und Unternehmen: kurze Wege und unkomplizierte Verfahren durch E-Government. Das Leitbild einer wirtschaftsfreundlichen Kommune sollte unbedingt Schule machen.

Bürokratie verursacht Kosten – sowohl für Kommunen als auch Unternehmen. Aus Unternehmenssicht ist dies ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Es rechnet sich also für Kommunen doppelt, sich im Standortwettbewerb um einfache Verfahren und klare Strukturen zu bemühen: Mehr Ansiedlungen, mehr Steuereinnahmen, geringerer Verwaltungsaufwand sowie zufriedener Bürger und Unternehmer winken.

Handlungsempfehlungen

Vorschriften klar und verständlich formulieren! Vorschriften müssen nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern für Bürger und Unternehmen auch nachvollziehbar und gut verständlich sein.

Deregulierung, Destandardisierung und Entbürokratisierung als Daueraufgaben begreifen! Auch wenn konkrete Erfolge mitunter nur schwer messbar und zurechenbar sind, muss der Grundsatz gelten: Wenn eine Regel nicht unbedingt notwendig ist, dann ist es unbedingt notwendig, sie abzuschaffen!

Mehr „Dienstleistungsorientierung“: Ermessensspielräume nutzen!

Gleichwohl notwendige Regeln sollten mit Augenmaß und dem Willen zum Gelingen umgesetzt werden. Dies ist insbesondere dort von Bedeutung, wo es gilt, durchaus vorhandene Ermessensspielräume zu nutzen. Der Weg von einer „Verhinderungskultur“ zu einer „Genehmigungs- und Gelingenskultur“ mag mancherorts weit sein; lohnenswert allerdings wäre dieser Weg allemal – im Interesse des Gemeinwohls.

E-Government ausbauen! Viele Kommunen bieten bereits Formulare und wichtige Vorschriften über das Internet an. Dieser Weg ist konsequent fortzusetzen. Besonders ist darauf zu achten, dass die Informationen übersichtlich präsentiert und leicht abrufbar sind. Nutzerfreundlichkeit ist Trumpf!

Von den Besten lernen! Es ist nicht möglich, aber auch nicht nötig, ständig das Rad neu zu erfinden. Die Kommunen sollten sich stärker untereinander über erfolgreiche Projekte in den Bereichen Serviceorientierung, E-Government und Bürokratieabbau etc. austauschen.

Auftragsvergabe vereinfachen! Das heißt: Präqualifizierungsverfahren konsequent anwenden! Vergabekriterien und Auftragsvergabe sind an der Leistungsfähigkeit regionaler Auftragsnehmer und Zulieferer auszurichten.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich für eine Vereinfachung von Regeln und Vorschriften einsetzen? Was genau werden Sie tun – und wie?

Wie wollen Sie erreichen, dass in Ihrem Verantwortungsbereich erfolgreiche Beispiele anderer Kommunen in den Bereichen Bürokratieabbau und E-Government aufgegriffen und umgesetzt werden?

Werden Sie die Auftragsvergabe vereinfachen? Wie genau?

Ohne eine dauerhaft verlässliche Energieversorgung zu möglichst niedrigen Preisen ist wettbewerbsfähiges Wirtschaften undenkbar. Umfragen unter den Mitgliedsunternehmen der IHK zeigen, dass die Energiepreise derzeit als größtes Risiko für den Standort Sachsen-Anhalt gesehen werden. Insofern sollten auch Kommunen ein Interesse an einer ausgewogenen Energiepolitik haben.

Auch Umweltaspekte sind für die Attraktivität eines Standortes wichtig: Unternehmer schätzen eine intakte Umwelt als positiven Standortfaktor. Ökonomie und Ökologie sind nicht als grundsätzlich unvermeidbare Widersprüche zu begreifen: Sie sind zwei Seiten derselben Medaille und dienen der Standortqualität – wenn das Verhältnis stimmt!

Leider ist in vielen Bereichen der Umwelt- und Energiepolitik das Vertrauen der politisch Verantwortlichen in marktwirtschaftliche Instrumente nicht sehr ausgeprägt. Deutlich werden muss, dass der Verzicht auf Marktwirtschaft und Wettbewerb hier Nachteile für Viele bedeutet.

Handlungsempfehlungen

Politische Einflussmöglichkeiten auf Strom- und Gaspreise nutzen!

Kommunale Entscheidungsträger haben, wenn auch begrenzt, durchaus Einflussmöglichkeiten auf die Strom- und Gaspreise. Ansatzpunkte gibt es zum Beispiel bei den Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen und über die einschlägigen Gremien der Stadtwerke.

Keine „ideologische Privilegierung“ einzelner Energieträger!

Eine marktkonforme Energiepolitik kann es sich nicht leisten, aus ideologischen Gründen auf die Nutzung bestimmter Energieträger zu verzichten. Anschluss- und Benutzersatzungen, die wettbewerbswidrig den Vorrang bestimmter Energieträger festlegen, sind abzulehnen.

Privatisierungspotentiale konsequenter ausschöpfen! Besonders die Bereiche Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung sind noch immer weitgehend in der Hand kommunaler Monopolbetriebe. Dies führt zu im internationalen Vergleich unangemessen hohen Preisen für Wasser und Müllentsorgung. Privatisierungen aus ideologischen Gründen grundsätzlich abzulehnen und in die „Denkverbotszone“ zu verweisen, versperrt den Blick für erfolgversprechende Alternativen. Gewiss muss das Heil nicht immer und notwendigerweise gleich in einer vollständigen Privatisierung liegen; wo diese nicht möglich bzw. nicht sinnvoll ist, wären alternative Modelle wie z.B. das Modell des Public-Private-Partnership (PPP) zu prüfen.

Die Kommunalpolitik nicht von Partikularinteressen vereinnahmen lassen! Die Kommunalpolitik sollte sich stets ihrer standortpolitischen Verantwortung für eine sichere und effiziente Energieversorgung sowie für einen ausgewogenen Energiemix bewusst bleiben. „Kirchturmdenken“ und „Insellösungen“ sind abzulehnen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie sich für niedrigere Energiepreise einsetzen?

In welchen Bereichen sehen Sie Privatisierungspotentiale?

Wie wollen Sie eine wirtschaftsfreundlichere Umsetzung von Umweltbestimmungen erreichen?

Ohne solide Verkehrswege gelangt niemand ans Ziel – Erreichbarkeit ist Trumpf. Dies gilt für lebendige Innenstädte ebenso wie für die „grüne Wiese“: Lieferverkehr, Pendlerverkehr, Entsorgungsverkehr und Einkaufsfahrt müssen allesamt uneingeschränkt möglich sein.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Standortpolitik, für eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zu sorgen. Ohne leistungsfähige Infrastruktur gibt es keine leistungsfähige Wirtschaft. Und ohne leistungsfähige Wirtschaft gibt es keine Standortentwicklung. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Standorten gehen gleichsam Hand in Hand mit der Infrastruktur.

Eine moderne Infrastrukturausstattung besteht nicht nur aus einem soliden Verkehrswegenetz. Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft ist eine moderne Informationsinfrastruktur für die Abwicklung von Produktionsprozessen und für den Absatz der Produkte unerlässlich. Standorte, die nicht mit schnellem Internet ausgestattet sind, laufen Gefahr, im Standortwettbewerb abgehängt zu werden. Mittlerweile ist die IT-Infrastruktur für weite Bereiche der Wirtschaft nahezu so wichtig wie Strom- und Wasserversorgung.

Handlungsempfehlungen

Keine Infrastrukturpolitik nach Kassenlage! Investitionen in die Infrastruktur dürfen nicht kurzfristigen haushaltspolitischen Überlegungen untergeordnet werden. Im Zweifel sind auch alternative Finanzierungskonzepte (z. B. Public Private Partnership) zu prüfen.

Keine Privilegierung bestimmter Verkehrsträger! Es muss grundsätzlich ein sinnvoller Mix aller Verkehrsträger („modal split“) angestrebt werden. Die Privilegierung und Subventionierung bestimmter Verkehrsträger zu Lasten anderer ist unzweckmäßig.

Verkehrsinfrastruktur an den Bedürfnissen der Nutzer ausrichten!

Bei Entscheidungen über die öffentliche Verkehrsinfrastruktur sollten die Mobilitätsbedürfnisse der Nutzer im Mittelpunkt stehen. Dabei sind die zunehmenden Wünsche der Bevölkerung nach integrierten Mobilitätsangeboten zu berücksichtigen.

Intelligente Verkehrsführung statt schlichter Fahrverbote! EU-Richtlinien über die Emissionsverminderung müssen, sofern sie in die Zuständigkeit der Gemeinden fallen, mit Umsicht und Augenmaß umgesetzt werden. Dabei gilt: Eine kluge und vorausschauende Verkehrslenkung und -optimierung zu betreiben, mag schwieriger sein, als schlichte Fahrverbote auszusprechen; sinnvoller wäre eine solche Politik allemal.

Parkmöglichkeiten in den Innenstädten verbessern! Auch und gerade in den Innenstädten müssen individuelle Mobilität und Flexibilität möglich sein. Hierzu gehört Parkraum in Innenstadtnähe. Nur erreichbare Stadtzentren können lebendige Stadtzentren sein. Individualverkehr, Güterverkehr und ÖPNV sollten mit intelligenten Konzepten gut aufeinander abgestimmt werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur sowie notwendige Neu- und Ausbaumaßnahmen finanziell sicherstellen?

Werden Sie sich für mehr und bessere Parkmöglichkeiten in den Innenstädten einsetzen? Was planen Sie konkret?

Werden Sie sich für einen sinnvollen Mix aller Verkehrsträger einsetzen? Wie genau?

Kommunale Wirtschaftstätigkeit

Kommunen sollten sich nur dort unternehmerisch betätigen, wo sie nachweislich den Zweck besser und wirtschaftlicher erfüllen können als Private. Der bloße Hinweis auf die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge jedenfalls reicht nicht. Bei Gartenbau, Recycling, Fuhrgewerbe, Kfz-Reparaturen, Ingenieurdienstleistungen etc. geht es nicht um Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Durch die Ausweitung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit auf Bereiche der Marktwirtschaft im engeren Sinne kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen; die Schaffung und Erhaltung wettbewerbsfähiger privater Arbeitsplätze wird erschwert.

Auch sollte bei der Betätigung der kommunalen Unternehmen außerhalb der kommunalen Grenzen Zurückhaltung geübt werden. Es ist mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen nicht vereinbar, dass überregionale kommunale Konzernstrukturen geschaffen werden, die private Anbieter aus dem Markt drängen.

Handlungsempfehlungen

Privatisierung kommunaler Betriebe vorantreiben! Die Preise für Wasser, Abwasser, Gas sowie für die Müllentsorgung sind im IHK-Bezirk sehr hoch. Das ist kein Zufall – ein Großteil der Betriebe ist nach wie vor in kommunaler Hand. Kommunale Betriebe arbeiten nicht gewinnorientiert und haben deshalb weniger Anreiz, kosteneffizient zu wirtschaften. Um für niedrigere Preise zu sorgen, ist die Privatisierung kommunaler Betriebe konsequenter voranzutreiben.

Chance des Public-Private-Partnership (PPP) ergreifen! Wenn eine Privatisierung nicht möglich oder sinnvoll erscheint, sollten alternative Möglichkeiten des Public-Private-Partnership geprüft werden.

Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen sollte die Ausnahme sein, nicht die Regel! Zwar räumt die reformierte Gemeindeordnung den Kommunen die Möglichkeit ein, sich selbst dann wirtschaftlich zu betätigen, wenn Sie dies nicht besser können als Private. Jedoch sollten die Kommunen – nicht zuletzt im eigenen Interesse – darauf verzichten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen außerhalb der eigenen Ortsgrenzen gefährdet private Unternehmen. Die Bildung kommunaler Konzerne widerspricht im Kern der Wettbewerbsidee der marktwirtschaftlichen Ordnung und schafft neue Monopolstrukturen. Private Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, können Leistungen in den meisten Fällen besser anbieten.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wollen Sie die Preise für Strom, Wasser, Abwasser, Gas und Abfallentsorgung senken? Wollen Sie dabei auch Privatisierungspotenziale ausschöpfen? Wie werden Sie vorgehen?

Wie werden Sie bei dem Einsatz öffentlicher Beschäftigung Nachteile für Unternehmen der Privatwirtschaft verhindern?

Unternehmen benötigen einen Platz („Sitz“) sowie Raum zur wirtschaftlichen Entfaltung. Die Kommunen sind gefordert, geeignete Standorte zur Verfügung zu stellen. Neben Verkehrsanbindung oder Internetanschluss sind die planerischen Voraussetzungen entscheidend. Die Einstufung des konkreten Standortes im Flächennutzungsplan muss ebenso zu den Anforderungen des jeweiligen Unternehmens passen wie die konkreten Festsetzungen des Bebauungsplans. Notwendige Abstände zwischen Gewerbe und Wohnnutzung müssen zur langfristigen Standortentwicklung ebenso gesichert werden wie Flächen für mögliche Unternehmenserweiterungen.

Häufig sind hierfür interkommunale Kooperationen erforderlich. Leider bestimmt noch zu oft kleinräumiges „Kirchturmdenken“ den kommunalen Wettbewerb. Teilweise vorhandene Ansätze für eine bessere Abstimmung sind unbedingt weiter auszubauen. Für die unternehmerische Standortentscheidung zählt nicht die Gemeindegrenze, sondern die Attraktivität des Standortes.

Auch vernachlässigen viele Kommunen ihre Innenstadtentwicklung. Dabei sind gerade die Gemeinden in Sachsen-Anhalt besonders vom demographischen Wandel betroffen und leiden besonders unter der Abwanderung junger Menschen. Umsichtige Konzepte zur Entwicklung der Innenstädte und Ortskerne unter Berücksichtigung des Einzelhandels sind also besonders wichtig.

Handlungsempfehlungen

Eine wirtschaftsfreundliche Gewerbeflächenpolitik betreiben! Die Kommunen sollten langfristig geeignete Gewerbeflächen für Industrie, Dienstleistungen und Handel zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Eine vorausschauende Bauleitplanung sollte Nutzungskonflikte früh erkennen und im Sinne wirtschaftsfreundlicher Kompromisslösungen vermeiden helfen.

Innenstädte und Ortskerne entwickeln! Innenstädte und Ortskerne sind wichtig. Sie sind das Herz jeder Gemeinde und Anker des kommunalen Lebens. Eine funktionierende Handelslandschaft ist fester Bestandteil dieses Kerns. Sie entwickeln zu helfen, ist eine bedeutsame Aufgabe der Kommunalpolitik. Auf bessere Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität kommt es an!

Interkommunale Zusammenarbeit fördern! Statt des erwähnten „Kirchturmdenkens“ sollten die Kommunen verstärkt Lösungen durch interkommunale Kooperation und Netzwerke anstreben. Das Bewusstsein dafür, Teile eines größeren Ganzen zu sein, das insgesamt mehr unternehmerische Entwicklungschancen bieten sollte, wäre sehr wünschenswert. Dann kann auch die Gemeinde jenes Bürgermeisters profitieren, der Interessierte auf einen womöglich geeigneteren Standort jenseits der eigenen Gemeindegrenze hinweist. Engere Kooperation macht auch Marketingmaßnahmen für die Region insgesamt leichter finanzierbar.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wird Ihre wirtschaftsfreundliche Gewerbeflächenpolitik aussehen? Wie wollen Sie Nutzungskonflikte vermeiden?

Wie werden Sie sich für die weitere Entwicklung der Ortskerne einsetzen?

Werden Sie eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit unterstützen? Was konkret wollen Sie erreichen und wie werden Sie dabei vorgehen?

Welche langfristigen Visionen (Zeithorizont 5 bis 10 Jahre) haben Sie für die regionale Entwicklung?

Ohne die notwendige Finanzausstattung bleiben viele sinnvolle Vorhaben fromme Wünsche. Finanzielle Handlungsfähigkeit ist unerlässlich. Notwendig ist also eine solide Haushaltspolitik, verbunden mit einer konsequenten Konsolidierung, um entsprechenden Spielraum zu gewinnen bzw. zu erhalten. Dies bedeutet jedoch keineswegs „sparen um jeden Preis“, sondern vorausschauende Investitionsfinanzierung.

Die Konsolidierung ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels umso wichtiger. Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sind weniger stark in Anspruch genommen und müssen durch immer weniger Köpfe finanziert werden. Dennoch kann diese Infrastruktur nicht einfach „mitschrumpfen“, da so erst recht Abwärtsspiralen in Gang kämen, die die Attraktivität des Standortes nachhaltig schwächen würden. Die Konzentration auf das Wesentliche ist insofern doppelt wichtig.

Nun sind Bemühungen von Kommunen um Konsolidierung durchaus erkennbar. Mit Unterstützung des Bundeslandes haben viele Kommunen die Chance genutzt, sich von einem Teil der Schulden zu befreien, um ihre zukünftige Handlungsfähigkeit sichern zu können. Es gibt aber darüber hinaus auch viel, was die Kommunen selbst beitragen können. Privatisierungen kommunaler Unternehmen beispielsweise können die finanzielle Situation der Kommune verbessern und sind meist auch ordnungspolitisch sinnvoll.

Handlungsempfehlungen

Unternehmen nicht zusätzlich belasten! Es wäre ein Fehler, die Unternehmen mit höheren Steuern und Abgaben zusätzlich zu belasten. Das kurzfristige fiskalische Interesse darf nicht die Oberhand über langfristige und umsichtige Finanzpolitik gewinnen. Wenn es „eng“ wird, darf nicht reflexartig nur auf die Einnahmeseite geschaut werden.

Notwendigkeit aller Ausgaben prüfen! Ausgaben folgen Aufgaben. Ohne grundsätzliche Aufgabenkritik und Disziplin bei den Ausgaben können keine Reserven erschlossen und die Zukunft nicht gewonnen werden. Es muss systematisch geprüft werden, ob die Ausgaben notwendig, zielführend und angemessen sind. Konkrete Einsparmaßnahmen sollten in Haushaltssicherungskonzepten festgeschrieben und konsequent umgesetzt werden.

Haushalte langfristig konsolidieren! Insbesondere der demografische Wandel zwingt die Kommunen zur haushaltspolitischen Zurückhaltung. Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigen! Wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur dürfen gerade in Krisenzeiten nicht vernachlässigt werden. Stattdessen sind bei rein konsumtiven Ausgaben alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen.

Chancen für intelligente Privatisierung kommunaler Betriebe prüfen und nutzen! Einsparungen lassen sich auch durch die Privatisierung kommunaler Betriebe erzielen. Es ist systematisch zu prüfen, ob Private die Leistungen kostengünstiger anbieten können als die Kommunen. Private sind in aller Regel bessere Unternehmer als der Staat. Auch sollte vermieden werden, dass kommunale Betriebe als Konkurrenten Privater am Markt auftreten, da bei diesen Konstellationen nur selten von gleichen Wettbewerbsbedingungen auszugehen ist.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie werden Sie sich für die langfristige Haushaltskonsolidierung einsetzen?

Werden Sie die Privatisierung kommunaler Betriebe weiter vorantreiben?

Welchen wichtigen Zukunftsinvestitionen werden Sie unbedingte Priorität einräumen?

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste tragen zum wirtschaftlichen Erfolg in Hotellerie und Gastronomie bei und sorgen für Umsatz im Handel und Dienstleistungsgewerbe – und somit für höhere Steuereinnahmen der Kommunen. Ein Imagefaktor ist er außerdem. Der Tourismus hat sich bereits zu einem wichtigen Jobmotor entwickelt. Ihn weiter zu fördern ist eine Chance, die die Kommunalpolitik konsequent nutzen sollte.

Tourismusförderung ist mithin weit mehr als „lästige Pflicht“. Kommunen schaden sich letztlich selbst, wenn sie in Zeiten finanzieller Engpässe hier als erstes den Rotstift ansetzen. Durch umsichtige Tourismusförderung lassen sich die Chancen auf mehr Arbeitsplätze und Wachstum erhöhen. Bei der Vermarktung zahlreicher attraktiver Angebote – auch außerhalb der eigentlichen touristischen Attraktionen – bestehen noch Umsetzungslücken und weitere Erfolgspotenziale.

Handlungsempfehlungen

Tourist-Information professionalisieren! Die Tourist-Information spielt als erste Anlaufstelle eine wesentliche Rolle für die Zufriedenheit der Gäste. Leider entsprechen Ausstattung und Kundenorientierung nicht immer den Erwartungen der reiseerfahrenen Kunden. Deshalb sollte jede touristisch ambitionierte Gemeinde für eine sachlich und personell angemessene Ausstattung der Tourist-Information sorgen; kundenorientierte Öffnungszeiten sollten selbstverständlich sein.

Kooperation: Miteinander statt gegeneinander arbeiten! Gerade kleine Gemeinden können meist nicht allein auf dem touristischen Markt Fuß fassen. Durch die Bündelung der Kräfte lassen sich die Sichtbarkeit am Markt, der Wiedererkennungswert und die Produktqualität systematisch erhöhen. Das Motto lautet: Kooperation ist Trumpf! Dies gilt nicht nur für die Kooperation zwischen den Kommunen selbst, sondern auch und insbesondere für die Kooperation etwa von Kommunen auf der einen und Tourismusunternehmen auf der anderen Seite.

Keine „Bettensteuern“! Derlei zusätzliche Belastungen, von Befürwortern gerne als „Kulturförderabgabe“ angepriesen, helfen keiner Kommune wirklich weiter, im Gegenteil: Sie sind unverhältnismäßig, rechtlich bedenklich, wettbewerbsverzerrend, bürokratisch, kundenunfreundlich und tourismusfeindlich.

Hygieneampeln oder Hygienepranger sind ungeeignet! Diese Instrumente stigmatisieren dauerhaft. Mit schnellen Nachkontrollen ist nicht zu rechnen, da dafür die personelle Ausstattung der Lebensmittelkontrolle nicht ausreicht. Unzweifelhaft ist: Gute Hygienepraxis und Verbraucherschutz haben in der Gastronomie Priorität, sind sie doch Teil der Gastfreundschaft. Sanktionsmöglichkeiten, um Verstöße zu ahnden und wirksamen Verbraucherschutz zu sichern, gibt es bereits. Von diesen Möglichkeiten durch die Behörden konsequent Gebrauch zu machen, erscheint allemal zielführender, als die Politik zu immer neuem Nachdenken über weitere (ineffektive) Werkzeuge anzuregen.

„Schwarzgastronomie“ muss eingedämmt und Wettbewerbsverzerrungen müssen vermieden werden! Mit dem neuen „Gesetz über die Gaststätten im Land Sachsen-Anhalt“ (Gaststättengesetz) soll „Schwarzgastronomie“ eingedämmt werden. Das ist gut so, denn es braucht endlich restriktive Maßnahmen, um wettbewerbsverzerrende Veranstaltungen von Vereinen und Gesellschaften wirksamer eindämmen zu können.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich gegen sog. „Bettensteuern“ stark machen?

Wie werden Sie die Tourist-Informationen professionalisieren?

Werden Sie sich gegen Hygieneampeln und Online-Pranger aussprechen?

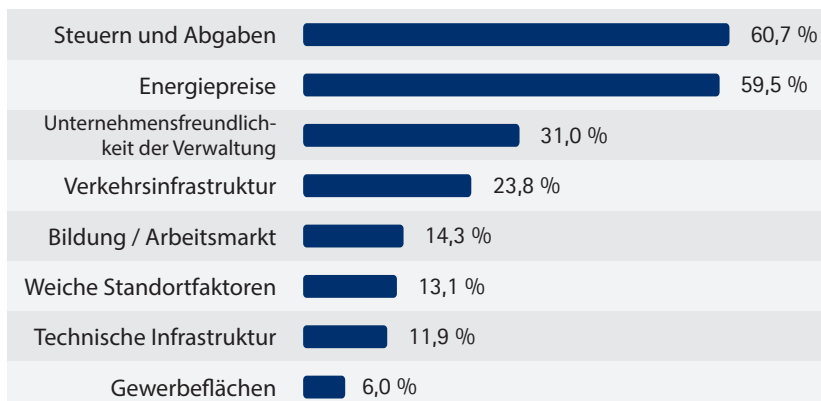
Werden Sie sich für die Eindämmung der „Schwarzgastronomie“ einsetzen?

Standortpolitik vor Ort

Anhalt-Bitterfeld

Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit seinen 168.000 Einwohnern, 56.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 3,4 Mrd. Euro wurde der Strukturwandel letztlich gut gemeistert: Zwar zählt der Landkreis zu den sehr dünn besiedelten Landkreisen im südlichen Sachsen-Anhalt, die Region beherbergte aber bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der weltweit größten Agglomerationen der chemischen Industrie. Auch heute noch ist diese traditionsreiche Branche ein wichtiger Pfeiler der Wirtschaft im Landkreis. Der Raum um Köthen und Zerbst ist außerdem traditionell durch den Maschinen- und Anlagenbau sowie das Ernährungsgewerbe geprägt. Der Landkreis verfügt heute – nach dem Saalekreis – über die meisten Industriebeschäftigten (12.000) im IHK-Bezirk.

**Ergebnisse einer Befragung der Unternehmen in Anhalt-Bitterfeld:
Bei welchen Standortfaktoren würden Sie sich in Ihrem Landkreis,
Ihrer Gemeinde oder kreisfreien Stadt mehr politischen Einsatz für
Verbesserungen wünschen? (Mehrfachnennungen möglich)**



Handlungsempfehlungen

Die Goitzsche zum Tourismusschwerpunkt entwickeln! Der Goitzssee ist der größte See in einem Seengebiet, das aus dem ehemaligen Braunkohletagebau Goitzsche in Sachsen-Anhalt hervorgegangen ist. 2013 erfolgte die Privatisierung großer Flächen (1.000 Hektar Wasser und 300 Hektar Land). Das bietet eine große Chance für die weitere touristische Erschließung und für neue Wege der Vermarktung.

Innenstadtentwicklung in Köthen und Bitterfeld-Wolfen nicht vernachlässigen! Besonders problematisch ist das Verhältnis von dezentraler (58 %) zu zentraler (42 %) Verkaufsfläche in Köthen. Weitere Ausweisungen dezentraler Verkaufsflächen (auf der „Grünen Wiese“) sollten unterbleiben. Die Innenstadtentwicklung und insbesondere die Ausweitung des Parkplatzangebots ist zu fördern. Bitterfeld-Wolfen sollte durch Projekte wie z.B. die Goitzsche-Arkaden die Entwicklung der Innenstadt befördern.

Kulturellen Reichtum der Region touristisch besser nutzen! Als ehemaliger Wohnort von Johann Sebastian Bach trägt Köthen den Beinamen „Bach-Stadt“. Die Stadt gilt als Wiege der Homöopathie. Bach-Tage und Homöopathie-Tage dokumentieren dies bereits. Die Ortschaft Reppichau gilt als Geburtsstadt des auf Eike von Reggow zurückgehenden „Sachsenspiegels“, des ersten deutschen Rechtsbuches. Die historische Strahlkraft beider Orte sollte touristisch offensiver vermarktet werden.

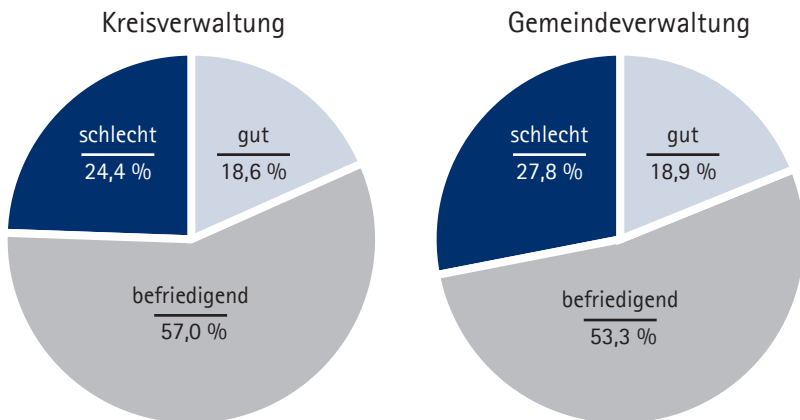
Vermarktung der Region forcieren und Voraussetzungen schaffen, um Jugendlichen eine Zukunft zu bieten! Mitgliedsunternehmen der IHK nennen den Rückgang der Ausbildungswilligen bedenklich. Perspektiven zu eröffnen und die Region attraktiver zu gestalten, sollte eine vorrangige Aufgabe der Wirtschaft und der Kommunen sein.

Standortpolitik vor Ort

Burgenlandkreis

Der Burgenlandkreis ist mit 186.000 Einwohnern und einer Fläche von 1.414 km² der am dichtesten besiedelte Landkreis im IHK-Bezirk. 53.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von 3,8 Mrd. Euro zeugen von beachtlicher Wirtschaftskraft. Das Ernährungsgewerbe ist der strukturprägende Wirtschaftszweig. Rund 3.700 Beschäftigte erwirtschaften hier über die Hälfte des gesamten Branchenumsatzes im IHK-Bezirk. Außerdem sind der Braunkohlebergbau, die chemische Industrie, die Baustoffproduktion und die Metallverarbeitung von Bedeutung. Die Verkehrsinfrastruktur ist mittlerweile gut ausgebaut. Ein weiterer Standortvorteil ist die reizvolle Landschaft mit Weinanbau an Saale und Unstrut sowie mit zahlreichen Burgen und historischen Stätten von internationaler Bedeutung. Aber auch hier ist der demografische Wandel die große Herausforderung: Der Landkreis hat seit 1991 mit rund 54.000 Einwohnern mehr als ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Bis 2025 könnte er weitere 50.000 Einwohner verlieren.

**Ergebnisse einer Befragung der Unternehmen im Burgenlandkreis:
Wie beurteilen Sie die von der Kreisverwaltung bzw. Gemeindeverwaltung gesetzten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen?**



Handlungsempfehlungen

Touristisches Potential durch offensivere Marketingstrategie besser ausschöpfen! Die Kreisstadt Naumburg ist durch ihren Dom mit den Stifterfiguren Ekkehard und Uta nicht nur in deutschen Kreuzworträtseln, sondern tatsächlich weltbekannt. Die Himmelscheibe von Nebra als frühzeitliche Darstellung unseres Sonnensystems hat international Aufmerksamkeit erregt. Die Weinbaulandschaft mit Burgen an Saale und Unstrut ist deutschlandweit einzigartig. Diese Alleinstellungsmerkmale sollten (noch) offensiver vermarktet werden.

Kosten der Ver- und Entsorgung und Gewerbesteuerhebesätze senken! Laut einer Umfrage unter unseren Mitgliedsunternehmen sind die größten Standortnachteile im Burgenlandkreis die hohen Preise für Energie, Wasser und Abwasser sowie hohe Gewerbesteuerhebesätze und Abfallgebühren. Dies mindert die Attraktivität als Wirtschaftsstandort und gefährdet Arbeitsplätze. Hier tut Abhilfe dringend Not!

Fortführung des Braunkohleabbaus sichern! Von immenser Bedeutung für den ganzen Landkreis ist die Erhaltung des Braunkohletagebaues – so etwa am Standort Lützen. Im Bergbau geht es um enorm lange Investitionszeiten. Rechts- und Planungsgrundlagen für Unternehmen sind hier unverzichtbar.

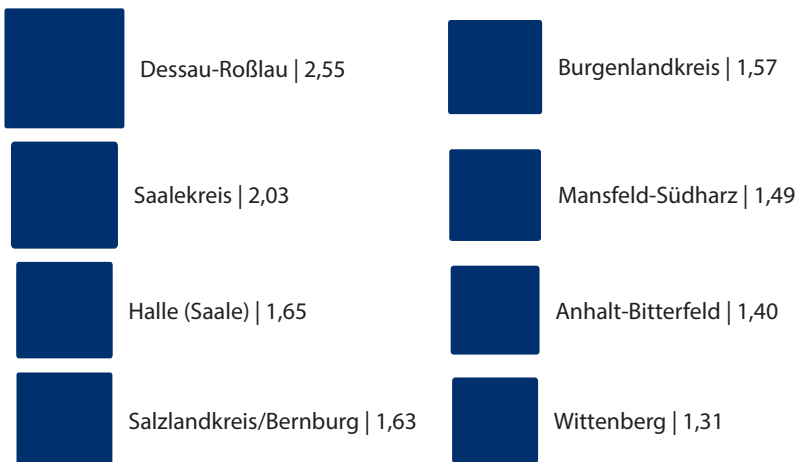
Energiewende ohne weiteren Einzug landwirtschaftlicher Nutzflächen sichern! Vorrangig sollte die landwirtschaftliche Nutzfläche für die Ernährungswirtschaft gesichert und nicht durch weitere Nutzungskonkurrenz unter Druck gesetzt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche ist essentiell für die Region.

Standortpolitik vor Ort

Dessau-Roßlau

Die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau steht mit 84.500 Einwohnern auf 245 km², mit 34.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 2,1 Mrd. Euro vor der Herausforderung, das Zusammenwachsen zweier ehemals eigenständiger Städte wirksam und nachhaltig zu meistern. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt rund 47.200 Euro je Erwerbstätigen. Dies ist im Vergleich zum Land (50.900 Euro) unterdurchschnittlich. Den wirtschaftlichen Schwerpunkt bilden vor allem der Maschinenbau und die Pharmaindustrie. Dessau-Roßlau ist einer von drei Standorten der Hochschule Anhalt und knüpft mit dem Schwerpunkt Architektur und Design an die Tradition des Bauhauses an. Das Bundesumweltamt hat seinen Sitz in der Stadt. Die Umgebung mit den Auelandschaften von Elbe und Mulde sowie die Nähe zum berühmten Gartenreich (Wörlitzer Park) sind für Einwohner wie Touristen reizvoll. Auch der Bevölkerungsrückgang ist etwas geringer als in anderen Landkreisen.

Verkaufsfläche in m² je Einwohner im IHK-Bezirk



Handlungsempfehlungen

Gewerbesteuerhebesätze senken! Dessau-Roßlau hat einen der höchsten Gewerbesteuerhebesätze in ganz Ostdeutschland. Zur Sanierung der Stadtfinanzen ist auf der Ausgabenseite anzusetzen! Weitere Steuererhöhungen würden die Unternehmen noch weiter belasten und Arbeitsplätze gefährden.

Die Hochschule Anhalt als Magnet für junge Menschen nutzen! Die Stadt profitiert von der Hochschule, da sie junge Menschen anzieht. Durch eine vorausschauende Innenstadtentwicklung und durch die gezielte Kontaktvermittlung zu Unternehmen sollte versucht werden, junge Akademiker in der Stadt zu halten.

Tourismuspotential gezielter nutzen! Im touristischen Marketing ist die historische Bedeutung des Bauhauses noch stärker für das Image der Stadt zu nutzen. In der Region sind drei Welterbestätten beheimatet – reichlich touristisches Potenzial also für mehr Wirtschaftskraft im Tourismusgewerbe. Für den besseren Erfolg könnte die Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft sinnvoll sein. Auch das Erbe Hugo Junkers' als Pionier des Flugzeugbaus sowie der landschaftlich einmalige Elberadweg sollten als touristische Anziehungspunkte noch stärker in den Vordergrund gestellt werden.

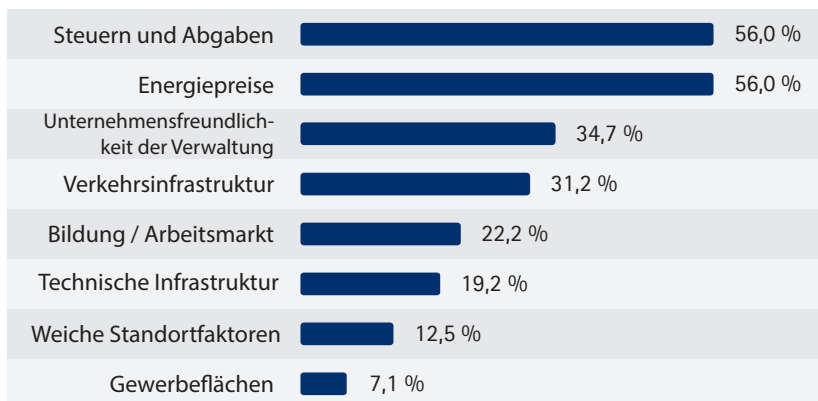
Bei der Entwicklung neuer Verkaufsflächen Augenmaß halten! Die Stadt Dessau-Roßlau weist die höchste Verkaufsfläche pro Einwohner im IHK-Bezirk auf. Vor dem Hintergrund schrumpfender Bevölkerung und einem Kaufkraftniveau von derzeit nur 85 % des Bundesdurchschnitts ist dies sehr bedenklich. Der Neubau des Bauhausmuseums ist mit dem Masterplan Innenstadt als Impuls für die Verbesserung der Innenstadtattraktivität zu nutzen. Die Innenstadt ist gezielt um oberzentrale Leitsortimente in gehobenen Qualitäten zu ergänzen. Entwicklungsanfragen der Stadtteilversorgungszentren sind unter dem Vorrang der Innenstadt zu entscheiden.

Standortpolitik vor Ort

Halle (Saale)

Die Stadt Halle (Saale) ist mit 231.500 Einwohnern die größte Stadt Sachsen-Anhalts. Rund 91.500 Menschen sind dort sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Jährlich wird ein Bruttoinlandsprodukt von 5,7 Mrd. Euro erwirtschaftet. Die Stadt bietet eine sehr gute infrastrukturelle Anbindung an den mitteldeutschen Raum. Dennoch liegt Halle (Saale) beim Bruttoinlandsprodukt mit rund 45.700 Euro je Erwerbstätigen an letzter Stelle im IHK-Bezirk. Bekannte Unternehmen des Ernährungsgewerbes haben ihren Sitz in Halle (Saale), so etwa die Kathi Rainer Thiele GmbH oder die Halloren-Schokoladenfabrik Aktiengesellschaft als älteste ihrer Art in Deutschland. Zudem sind Maschinenbau und Logistik in Halle (Saale) prominent vertreten. Halle (Saale) ist zugleich eine Stadt der Wissenschaft. So haben die Martin-Luther-Universität, Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz- und Helmholtz-Institute sowie auch und insbesondere die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ihren Sitz in Halle (Saale).

Ergebnisse einer Befragung der Unternehmen in Halle (Saale): Bei welchen Standortfaktoren würden Sie sich in Ihrem Landkreis, Ihrer Gemeinde oder kreisfreien Stadt mehr politischen Einsatz für Verbesserungen wünschen? (Mehrfachnennungen möglich)



Handlungsempfehlungen

Den Wissenschaftsstandort Halle (Saale) nutzen und ausbauen!

Stadt und Universität sollten stärker die Möglichkeiten ausloten, Abiturienten aus den alten Bundesländern zum Studium in Halle zu bewegen und mit Hinweis auf die vielfältige Forschungslandschaft hier zu halten. Auch die Anzahl der Hochschulausgründungen ist noch ausbaufähig.

Haushalt konsolidieren! Um dauerhaft handlungsfähig zu bleiben, muss die Stadt ihren Haushalt nachhaltig konsolidieren und echten Schuldenabbau betreiben. Strikte Ausgabendisziplin und der umsichtige Verkauf kommunaler Beteiligungen böten Möglichkeiten, Spielraum zu gewinnen.

Erreichbarkeit des Oberzentrums sichern! Der Nahverkehrsplan ist so zu überarbeiten, dass umsteigefreie ÖPNV-Relationen zwischen Umland und Innenstadt zur Regel werden. Es fehlen öffentliche Fahrrad-Abstellanlagen und das Parkleitsystem ist zu optimieren. Aktuelle Überlegungen zum Rückbau von Fahrstreifen auf wichtigen städtischen Verkehrsachsen sind kontraproduktiv. Auch sind leistungsfähige Saalequerungen zwischen Halle-Neustadt und der Altstadt sicherzustellen.

Wichtige Infrastrukturprojekte zügig umsetzen! Voraussetzung für die gute Erreichbarkeit der Innenstadt ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Stadtgebiet und darüber hinaus. Die Vollendung der Osttangente, die Fertigstellung der A143 und das Stadtbahnprogramm „Halle '25“ haben Priorität. Zudem ist eine bedarfsgerechte Instandhaltung der städtischen Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen.

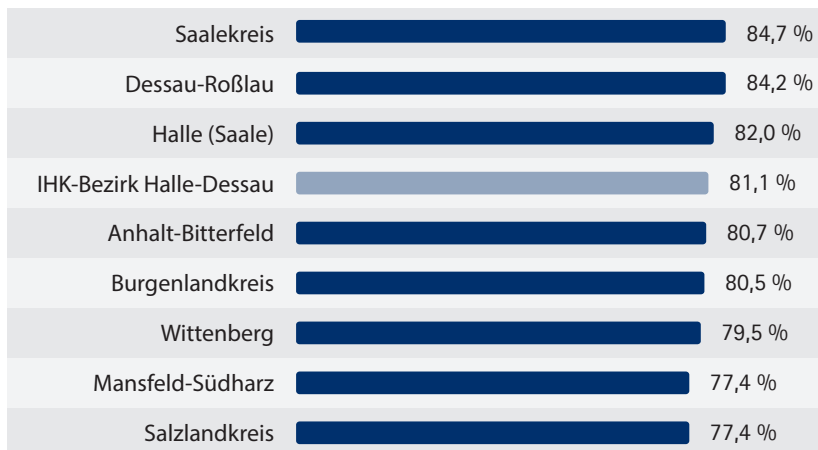
Stadtimage und Stadtmarketing verbessern! Halle (Saale) ist längst nicht mehr die „graue Diva“ . Eine fokussierte Image-Strategie ist notwendig, um das Bild der Stadt aktiv zu gestalten. Durch die Rückführung der Aufgaben des Stadtmarketings in die Fachbereiche der Verwaltung – jedoch ohne gemeinsame Führung und Koordinierung – geht ein wichtiges Steuerungselement für eine erfolgreiche Vermarktung verloren.

Standortpolitik vor Ort

Mansfeld-Südharz

Die Infrastrukturinvestitionen der vergangenen Jahre in Mansfeld-Südharz zeigen Wirkung. Der Strukturwandel in der Region kommt somit weiter voran. Nach schwierigen Zeiten der Umstrukturierung wird derzeit im Landkreis mit seinen 145.000 Einwohnern auf 1.449 km² Fläche ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von 2,6 Mrd. Euro erwirtschaftet. So haben sich im Landkreis Unternehmen neuer, aber auch traditioneller Branchen des produzierenden Gewerbes angesiedelt. Der Landkreis Mansfeld-Südharz gehört mit 100 Einwohnern je Quadratkilometer zu den dünner besiedelten Landkreisen im IHK-Bezirk (Durchschnitt: 141 EW/km²). Die Kaufkraft liegt mit rund 16.400 Euro pro Einwohner und Jahr an vorletzter Stelle im IHK-Bezirk (Durchschnitt 17.200 Euro). Sorge bereitet vor allem der Bevölkerungsrückgang. Ein großes touristisches Potential steckt in den natürlichen und kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten der Region Mansfeld-Südharz.

Kaufkraft im IHK-Bezirk in Prozent des Bundesdurchschnitts



Handlungsempfehlungen

Touristische Potentiale der Region besser ausschöpfen! Die geografische Lage des Landkreises verbindet die reizvolle Natur des Südharztes und des Harzvorlandes mit den kulturhistorischen Stätten der Region. Die sich so ergebenden Alleinstellungsmerkmale sollten auch mit Hilfe des aktuell entstandenen Tourismuskonzeptes zielgerichtet genutzt werden. Die im Konzept formulierten Handlungsempfehlungen sollten konsequent und zügig umgesetzt werden. Die Chancen, die sich aus dem bevorstehenden Reformationsjubiläum ergeben, sind umfassend zu nutzen.

Fachkräftesicherung als wichtige Herausforderung! Der demografische Wandel hinterlässt zunehmend seine Spuren. Über alle Branchen hinweg wird es immer schwieriger, geeignete Fach- und Nachwuchskräfte zu finden und zu binden. Dafür gilt es, alle Potentiale in der Region zu erschließen und zu nutzen. Die Unternehmen sollten dabei alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, wie etwa zukunftsgerichtete Aus- und Weiterbildung, Erhöhung der eigenen Attraktivität bspw. durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder auch regionales unternehmerisches Engagement. Aktivitäten zur Fachkräftesicherung müssen gebündelt werden für eine Zusammenarbeit aller Akteure der Region.

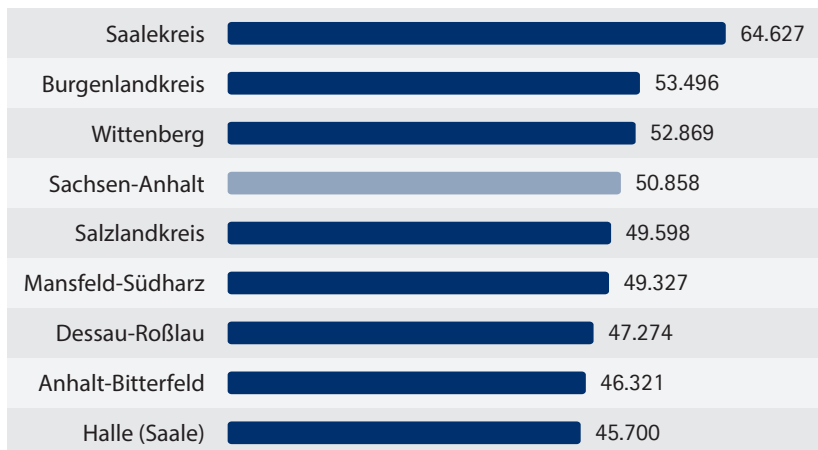
Augenmaß bei der Verkaufsflächenentwicklung! Vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen und vergleichsweise geringer Kaufkraft sollte die weitere Ausweisung von Handelsflächen mit Augenmaß erfolgen. Für die Lutherstadt Eisleben gilt es, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Neben der eingeleiteten Verbesserung der Erreichbarkeit sollte die Innenstadt zu einem Handels- und Dienstleistungsstandort entwickelt werden. In Sangerhausen sollte der Innenstadtstandort stabilisiert und weiter verbessert werden. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Händlern und Dienstleistern sowie Kommunen und Vermieter wäre vielversprechend.

Standortpolitik vor Ort

Saalekreis

Im Saalekreis mit seinen 189.000 Einwohnern, 66.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 5,4 Mrd. Euro konnte der Strukturwandel erfolgreicher gemeistert werden als in anderen Landkreisen. Nicht zuletzt die nach 1990 getätigten Großinvestitionen im Bereich Chemie haben den Saalekreis zum wirtschaftlich stärksten Landkreis Sachsen-Anhalts werden lassen. Mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von 64.600 Euro erreicht die Wirtschaft im Landkreis die mit Abstand höchste Arbeitsproduktivität in Sachsen-Anhalt und liegt damit sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Autobahnen A 9, A 14, A 38 und A 143, zahlreiche Bundesstraßen, Schienenverkehrsknoten und der Interkontinentalflughafen Leipzig/Halle machen den Landkreis auch für (weitere) internationale Firmen zu einem attraktiven Standort.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Euro im IHK-Bezirk



Handlungsempfehlungen

Nahverkehr ausbauen und Anbindung an das Oberzentrum Halle (Saale) verbessern! Trotz aller Fortschritte bei der überregionalen Verkehrsinfrastruktur: Es sind weitere Maßnahmen notwendig. So etwa die Modernisierung der Landes- und Kommunalstraßen sowie die Sanierung vieler Brücken. Auch die Nahverkehrsanbindung an das Oberzentrum Halle bietet noch Verbesserungspotential.

Energiekostenanstieg bremsen! Die chemische Industrie mit ihrer Vielzahl an energieintensiven Betrieben bildet einen Schwerpunkt der Wirtschaft im Saalekreis. Der subventionierte Ausbau erneuerbarer Energien treibt die Stromkosten und die Netzentgelte in die Höhe. Deshalb ist bei der Ausweisung neuer Flächen zur Energiegewinnung aus Wind- und Solarkraft größte Zurückhaltung geboten.

Stadt-Umland-Probleme lösen! Zwischen dem Oberzentrum Halle (Saale) und den umliegenden Gemeinden ergeben sich häufig Konflikte, insbesondere mit Blick auf die Ausweisung von Gewerbeflächen. Hier ist z.B. eine gemeinsame Flächennutzungsplanung anzustreben, um Konflikte zu entschärfen.

Geiseltalsee als Touristenmagnet besser vermarkten! Gleichwohl müssen schutzwürdige Interessen von Unternehmen vor Ort beachtet werden; so darf nicht etwa ein Klima entstehen, das im Zuge einer „Naherholungs- und Tourismuseuphorie“ Unternehmen des produzierenden Gewerbes in ihren Vorhaben oder gar ihrer bloßen Existenz unter Rechtfertigungsdruck setzt.

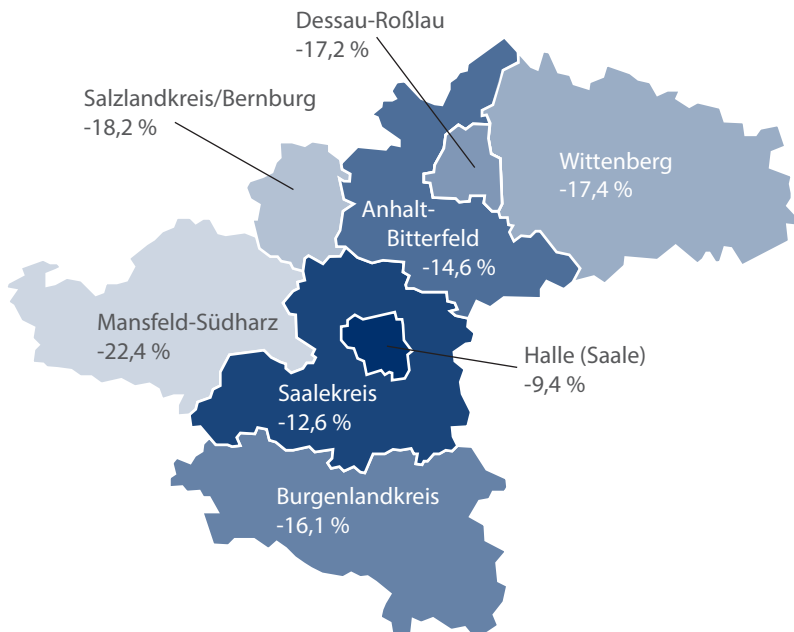
Fertigstellung der A 143 voranbringen! Die Autobahn A 143 komplettiert den Autobahnring um Halle (Saale) und sichert eine leistungsfähige Verkehrsanbindung der Region. Ein unverzüglicher Abschluss des Planfeststellungsverfahrens und ein zügiger Baubeginn sind längst überfällig.

Standortpolitik vor Ort

Salzlandkreis

Der Salzlandkreis ist mit 201.000 Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Landkreise Sachsen-Anhalts. Mit 59.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 4,1 Mrd. Euro ist der Salzlandkreis auch wirtschaftlich relativ stark. Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem und Jahr beträgt 49.600 Euro. Dennoch ist die Kaufkraft mit 77,4 % des Bundesdurchschnitts niedriger als in den meisten anderen Landkreisen Sachsen-Anhalts. Wenn sich die demografische Entwicklung fortsetzt, könnte die Bevölkerung bis 2025 noch einmal um fast ein Fünftel schrumpfen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung im IHK-Bezirk, Entwicklung von 2012 bis 2025



Handlungsempfehlungen

Wettbewerbsfähige Energiepreise und Verfügbarkeit leistungsfähiger Netze und Speicher sichern! Die Region Bernburg ist durch energieintensive Branchen geprägt und muss auf wettbewerbsfähige Energiepreise bauen können! Da die Energiepreiserhöhung u.a. an den Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung gekoppelt ist, sollte der Bau von Photovoltaikanlagen und Windparks mit Augenmaß umgesetzt werden. Die Verfügbarkeit leistungsfähiger Netze und Speicher ist dabei unabdingbar.

Gewerbeflächenmanagement verbessern! Ein Gewerbeflächenkonzept des gesamten Landkreises ist so zu entwickeln, dass die Vorzüge des jeweiligen Wirtschaftsstandorts verdeutlicht werden. Mit innovativen Instrumenten (z.B. einer Ansiedlungsprämie) könnte die Belegung vorhandener Gewerbeflächen beschleunigt werden.

Konzepte für die Mobilität von Fachkräften und Auszubildenden entwickeln! Geeignete Fachkräfte und Auszubildende zu finden, ist schwierig genug. Natürlich muss das Unternehmen aber auch gut erreichbar sein; dies ist durch intelligente Verknüpfungen der Verkehrsträger, des Individualverkehrs und des ÖPNV zu gewährleisten.

Fachkräfte sichern und zurückgewinnen! Im Rahmen einer Imagekampagne des Landkreises sollte eine Plattform erarbeitet werden, die zu besetzende Arbeitsstellen und sogenannte „weiche“ Faktoren, z.B. bedarfsgerechte Kinderbetreuung, attraktiver Lebensraum, kulturelles Angebot, Lebensumfeld etc. übersichtlich und überzeugend darstellen, damit die Attraktivität der Region für Fachkräfte verdeutlicht wird.

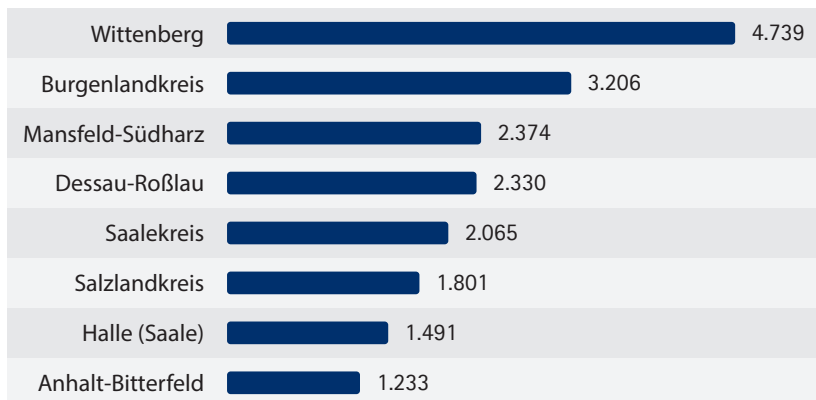
Innenstädte und Ortszentren beleben und stärken! Die städtebaulichen Kernbereiche und Ortszentren sind in der weiteren Entwicklung von Handelsflächen zu stärken. Dies sollte mit Augenmaß erfolgen.

Standortpolitik vor Ort

Wittenberg

Der Landkreis Wittenberg steht mit 131.000 Einwohnern, fast 40.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 2,8 Mrd. Euro und einem ausgewogenen Branchenmix durchaus gut da. Die Landwirtschaft ist aufgrund der guten Böden recht stark; sie liefert die Rohstoffe für das Ernährungsgewerbe. Der Landkreis zeichnet sich durch zahlreiche Sehenswürdigkeiten aus: Die Kreisstadt Lutherstadt Wittenberg besitzt eine attraktive, geschichtsträchtige Altstadt und ist als Ausgangspunkt der lutherischen Reformation weltbekannt. Neben dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Lutherstadt Wittenberg laden attraktive Tourismusregionen wie der Fläming, das Biosphärenreservat in den Elbauen, der Wörlitzer Park, das Jessener Land sowie zahlreiche Badeseen zu einem Besuch ein. Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen im Landkreis liegt mit rund 52.900 Euro im Jahr über dem Durchschnitt des Landes.

Übernachtungen je 1.000 Einwohner im IHK-Bezirk



Handlungsempfehlungen

Bei der Entwicklung von Verkaufsflächen Augenmaß bewahren! Die Neuausweisung von Einzelhandelsflächen sollte primär in den Innenstadtbereichen erfolgen und der Verbesserung der wohnortnahen Grundversorgung dienen. Insbesondere ist dem wachsenden Leerstand in den Innenstädten aktiv entgegen zu wirken. Das Verhältnis von zentraler zu dezentraler Verkaufsfläche sollte verbessert werden.

Parksituation in den Innenstädten verbessern! Die touristische Attraktivität der Lutherstadt Wittenberg könnte und sollte durch stärkere Anstrengungen für ein ausreichendes Parkplatzangebot (auch und insbesondere bei Großveranstaltungen!), ein schlüssiges Parkleitsystem und angemessene Parkgebühren verbessert werden.

ÖPNV ertüchtigen! Die Gestaltung des ÖPNV sollte die Erreichbarkeit von Unternehmen, Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen sicherstellen.

Tourismuspotential besser nutzen! Um die Chancen der Reformationsdekade 2008 bis 2017 für die Region zu nutzen, sollten regionale und überregionale Marketingstrategien verknüpft und optimiert werden. Die vorhandenen Radwege sollten weiter ausgebaut und vernetzt werden.

Den Osten des Landkreises besser anbinden! Ein Standortvorteil der Region ist die gut ausgebaute Infrastruktur mit der Autobahn A 9, mit zahlreichen Bundesstraßen und Schienenverbindungen sowie der Elbe als Transportweg. Nachholbedarf gibt es indes bei der Anbindung der östlichen Bereiche des Landkreises. Die Planungen zur Nordumfahrung Coswig, Griebow und Wittenberg sollten weiter beschleunigt werden.

Herausgeber und Redaktion:

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Geschäftsfeld Standortpolitik
Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale) | Telefon: 0345 2126-0
Fax: 0345 2029649 | info@halle.de | www.halle.ihk.de

April 2014